§ 141 SWG Saarländisches Wassergesetz (SWG)

Landesrecht Saarland

Zwölfter Teil – Bußgeldvorschriften

Titel: Saarländisches Wassergesetz (SWG)

Normgeber: Saarland

Amtliche Abkürzung: SWG

Gliederungs-Nr.: 753-1

Normtyp: Gesetz

§ 141 SWG – Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. zur Bestimmung der Uferlinie angebrachte Zeichen (§ 6 dieses Gesetzes) entfernt, abändert oder beschädigt,
2. nicht für die Erhaltung, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der Staumarke und Festpunkte sorgt (§ 30 Abs. 1 dieses Gesetzes),
3. Wasser so aufstaut oder ablässt, dass Menschenleben gefährdet werden, für fremde Grundstücke oder Anlagen Gefahren oder Nachteile entstehen, die Ausübung von Wasserbenutzungsrechten und -befugnissen beeinträchtigt oder die Unterhaltung des Gewässers erschwert wird (§ 33 Abs. 1 dieses Gesetzes),
4. ohne die erforderliche Genehmigung oder unter Nichtbefolgung einer vollziehbaren Auflage
 - a) eine die Beschaffenheit der Staumarke oder der Festpunkte beeinflussende Handlung vornimmt (§ 30 Abs. 2 dieses Gesetzes),
 - b) eine Stauanlage dauernd außer Betrieb setzt oder beseitigt (§ 32 dieses Gesetzes),
 - c) eine Wasserversorgungs- oder Abwasseranlage baut oder wesentlich ändert (§ 48 dieses Gesetzes),
 - d) Stoffe in Abwasseranlagen einleitet oder einbringt (§ 51 dieses Gesetzes),
 - e) die in den § 78 dieses Gesetzes aufgeführten Anlagen und Anpflanzungen errichtet, anlegt oder wesentlich ändert,
5. einer Verordnung
 - a) zur Regelung des Gemeingebrauchs (§ 23 dieses Gesetzes),
 - b) über die Ausübung der Schifffahrt (§ 27 Abs. 3 dieses Gesetzes),
 - c) über die Regelung der Benutzung sowie das Verhalten Dritter in Häfen, Umschlaganlagen, Anlegestellen und Fähranlagen (§ 28 Abs. 8 dieses Gesetzes),
 - d) über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§ 39 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes),
 - e) zum Schutz von Quellgebieten (§ 45 dieses Gesetzes),
 - f) über die Überwachung der Abwasseranlagen (§ 54 Abs. 2 dieses Gesetzes),
 - g) über die Sicherung und Erhaltung von Deichen oder Dämmen und sonstigen Hochwasserschutzanlagen (§ 76 Abs. 3 dieses Gesetzes),
 - h) zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Gemeinschaften (§ 12a dieses Gesetzes),

zuwiderhandelt, wenn die Verordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,

6. den Anzeigepflichten im Sinne des § 30 Abs. 1 , § 33 Abs. 2 und 3 , § 36 Abs. 1 und 2 , § 39 Abs. 2 , § 51 Abs. 2 und § 53 Abs. 1 dieses Gesetzes nicht nachkommt,
7. entgegen § 56 Abs. 3 dieses Gesetzes die Gewässerrandstreifen nicht naturnah bewirtschaftet,
8. einer vollziehbaren Anordnung
 - a) zum Schutz staatlich anerkannter Heilquellen (§ 45 Abs. 1 dieses Gesetzes),
 - b) zur Überwachung der Abwasseranlage (§ 54 Abs. 1 dieses Gesetzes),
 - c) zur Sicherstellung eines schadlosen Hochwasserabflusses (§ 81 dieses Gesetzes),
 - d) zur Gewässeraufsicht (§ 83 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes),
 - e) zum Schutz von Messeinrichtungen (§ 90 dieses Gesetzes),
 - f) zur vorläufigen Regelung eines Zustandes oder zur Beweissicherung (§ 111 dieses Gesetzes)

zuwiderhandelt,

9. der Verpflichtung zur Selbstüberwachung von Grundwasser nach § 13a dieses Gesetzes nicht nachkommt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 133 dieses Gesetzes die Abgabeerklärung oder die für eine Schätzung erforderlichen Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 139 Abs. 3 Satz 2 dieses Gesetzes zuwiderhandelt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro, in den Fällen des Absatzes 2 mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro geahndet werden.

(4) Zuständig für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nach dem Wasserhaushaltsgesetz , dem Abwasserabgabengesetz , diesem Gesetz und der nach diesen Vorschriften erlassenen Verordnungen sind die unteren Wasserbehörden. Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben b und c bestimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr durch Rechtsverordnung die zuständige Behörde.